

Handelsblatt print: Heft 225/2022 vom 21.11.2022, S. 6 / Politik

ERNEUERBARE ENERGIEN

Die fünf Hürden der Energierevolution

Die Ampelkoalition will den Erneuerbaren-Ausbau kräftig beschleunigen. Doch in der Realität tut sich wenig, die Ziele sind in weiter Ferne. Das sind die Gründe.

Es ist eines der wichtigsten Ziele der Ampelkoalition: der rasante Ausbau der erneuerbaren Energien. Im Koalitionsvertrag verpflichten sich die Parteien, den Ausbau "drastisch zu beschleunigen und alle Hürden aus dem Weg räumen".

Entsprechend hoch sind die Ziele: 2030 soll der Anteil der Erneuerbaren an der Bruttostromerzeugung 80 Prozent betragen. Aktuell sind es rund 50 Prozent. Die Vorgängerregierung hatte für 2030 noch 65 Prozent angepeilt.

Um dieses Ziel zu erreichen, müsste der Ausbau das bisherige Tempo um ein Vielfaches übertreffen. Woran hakt es eigentlich? Das Handelsblatt ist dieser Frage nachgegangen und unter anderem auf mangelnde Zusammenarbeit zwischen Behörden, Lieferkettenprobleme und zu wenig Platz für den Ausbau gestoßen.

Für einen schnelleren Ausbau hatte das Bundeswirtschaftsministerium im Frühjahr ein mehr als 500 Seiten umfassendes Gesetzbündel vorgelegt. Zahlreiche Gesetze und Verordnungen fielen weg. Selbstbewusst sprach Minister Robert Habeck (Grüne) von der "größten energiepolitischen Novelle seit Jahrzehnten". Weitere Reformen sollen folgen.

Ab 2025 sollen jährlich Windkraftanlagen mit einer Leistung von zehn Gigawatt (GW) installiert werden. Bei der Photovoltaik sollen es sogar 22 GW pro Jahr sein. Werte, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht annähernd erreicht wurden.

Insbesondere in den vergangenen Jahren kam der Windkraftausbau nur schleppend voran, auch die letzten beiden Ausschreibungsrunden für die Windkraft an Land ließen keine Aufbruchstimmung erkennen: Sie waren unterzeichnet. 2021 wurden neue Windräder mit 1,9 GW Leistung installiert, 2020 waren es 1,4 GW. Und im historisch besten Jahr des Onshore-Wind-Ausbaus 2017 waren es 5,3 GW. Zugleich soll der Ausbau auf hoher See auf ein neues Niveau gehoben werden. Aus den aktuell sieben GW installierter Offshore-Wind-Leistung sollen bis 2030 "mindestens 30 GW" werden, bis 2035 sollen es mindestens 40 GW sein.

Die neuen ehrgeizigen Ziele werden sich nur erreichen lassen, wenn der von der Ampelkoalition versprochene Turbo jetzt sofort eingeschaltet wird, wenn in den kommenden Jahren ein Wandel auf allen Ebenen stattfindet, wenn alles wie am Schnürchen läuft.

Dazu müssten alle Akteure mitziehen. Allerdings sind zuletzt neue Hindernisse aufgetaucht. In den Unternehmen und bei Branchenexperten gibt es daher wachsende Zweifel, ob die Ziele überhaupt erreicht werden können. Das sind die wichtigsten Gründe im Überblick:

Behörden ziehen nicht an einem Strang

Straffere Genehmigungsverfahren, die dem Ausbau der Erneuerbaren Priorität verschaffen und Prüfungen zum Natur- und Artenschutz einheitlich machen, sind ein Kern des Gesetzespakets. Dass diese Erleichterungen für den Bau von Windrädern und Photovoltaik-Anlagen nicht sofort die volle Wirkung entfalten, ist nicht überraschend. Zudem: Wie lange es aber dauern wird, bis alle Verwaltungsstufen den neuen Kurs voll verinnerlicht haben, ist fraglich.

Dirk Briese vom Beratungsunternehmen Trendresearch jedenfalls ist skeptisch. Es gebe eine ganze Reihe von Hürden, sagt Briese, der seit Jahren intensiv wie kaum ein Zweiter die Entwicklung der Windbranche verfolgt.

Eine entscheidende Rolle spielten immer noch die Kommunen: "Sie müssen die erforderlichen Flächen ausweisen und die Genehmigungen auch erteilen, sonst geht es nicht. Tatsächlich stehen viele Kommunen den Vorhaben aber immer noch im Wege", so Brieses Beobachtung. Sein Resümee: "Die Politik weckt Erwartungen, die sich zumindest in den nächsten fünf bis zehn Jahren voraussichtlich nicht erfüllen lassen werden." Wolfram Axthelm, Geschäftsführer des Bundesverbandes Windenergie (BWE), hat ähnliche Zweifel. "Das hohe Ambitionsniveau der Bundesregierung allein baut noch keine neuen Windräder", sagt Axthelm. "Der Weg für eine rasche Umsetzung der Ziele führt über die Länder. Sie müssen dafür sorgen, dass die Genehmigungsbehörden sich umstellen", sagt er. Bislang habe allein Mecklenburg-Vorpommern die erforderlichen Schritte eingeleitet.

Lieferketten reißen, Produktionskapazitäten werden knapp, Kosten steigen

Lieferkettenprobleme machen auch vor der Erneuerbaren-Branche nicht halt. Vor allem in China sind Produktionsunterbrechungen durch Corona-Lockdowns seit 2020 an der Tagesordnung, immer wieder ist die Exportlogistik beeinträchtigt, Waren stecken in den chinesischen Containerhäfen fest. China dominiert die Produktion von **Solarmodulen** mit einem Marktanteil von etwa 85 Prozent.

Die Situation schlägt direkt durch auf Preise und Lieferzeiten. Der Finanzvorstand des **Solarkonzerns** SMA, Thomas Pixa, spricht auf Anfrage des Handelsblatts von einer "teils dramatischen Verlängerung der Lieferzeiten bei kritischen Komponenten". Gigantische Ausbauziele erscheinen vor diesem Hintergrund gewagt. Auch für die Entwickler von Windparks hat sich das Umfeld verschlechtert. Marktbeobachter Briese sagt, Turbinenlieferanten verfügten momentan gar nicht über die Produktionskapazitäten, um den weltweit steigenden Bedarf zu decken. "Hinzu kommen die starken Kostensteigerungen der vergangenen Monate, die empfindlich gestörten Lieferketten und auch das anziehende Zinsniveau", sagt Briese.

Laut Branchenkennern sind die Preise für Windanlagen inflationsbedingt zwischen 20 bis 30 Prozent gestiegen, ebenso die Bau- und Personalkosten und die Zinsen für Kredite. In den Vergütungen spiegle sich das nicht annähernd wider, kritisiert Verbandschef Axthelm.

Das maulende Interesse an den vergangenen beiden Ausschreibungsrunden könne daher niemanden wirklich überraschen. "Die Vergütungen passen einfach nicht zu den aktuellen Kosten", sagt Axthelm. Zwar habe der Gesetzgeber im Erneuerbare-Energien-Gesetz die Möglichkeit einer Preisanpassung geschaffen. Doch nichts deute darauf hin, dass davon kurzfristig Gebrauch gemacht werde.

Fachkräfte und Flächen sind knapp

Der Fachkräftemangel schlägt voll auf den Ausbau der Erneuerbaren durch. Dabei geht es nicht nur um Facharbeiter, Techniker und Ingenieure, die für Windparkentwickler und -betreiber arbeiten. Es beginne schon in den Genehmigungsbehörden, sagt Briese. Besonders eklatant sei das Problem bei der Windkraft auf See.

Selbst wenn die Fachkräfte nicht das Problem wären, würde es an der mangelnden Fläche scheitern. Zwar sollen für Windräder zwei Prozent der Landesfläche reserviert werden. Das wäre mehr als doppelt so viel wie aktuell. Bis Ende 2032 gelten hier jedoch für einzelne Länder unterschiedliche Zielvorgaben, da auch die Voraussetzungen von Bundesland zu Bundesland verschieden sind. An das Zwei-Prozent-Ziel kommen mit Schleswig-Holstein, Hessen und dem Saarland aktuell gerade einmal drei Länder heran.

Die Politik übersieht den Rückbau alter Anlagen

Nach Einschätzung von Fachleuten berücksichtigt die Politik nicht genug, dass viele existierende Windparks das Ende ihrer Lebensdauer erreichen und ersetzt werden müssen. Die Förderung für Windräder läuft in der Regel nach 20 Jahren aus, sodass sie im Anschluss abgebaut und durch leistungstärkere Anlagen ersetzt werden können. In den 2000er-Jahren hatte die Einführung der gesetzlichen Förderung einen Boom ausgelöst, doch nun erreichen viele Windräder das Ende ihres Förderzeitraums.

Das zehrt einen Teil des Zuwachses an installierter Leistung durch neue Anlagen wieder auf. "Dieser Nettoeffekt wird in der politischen Debatte häufig nicht berücksichtigt", sagt Briese. Wie groß der Effekt tatsächlich ist, bleibt daher unklar.

Neue Hürden entstehen

Zu allen Unwägbarkeiten könnten noch neue Hindernisse kommen: Die von der Ampelkoalition geplante Abschöpfung von Übergewinnen ist zwar noch keine beschlossene Sache, sie dämpft aber bereits jetzt den Elan potenzieller Investoren. In der Erneuerbaren-Branche gebe es erhebliche Verunsicherung, sagt Simone Peter, Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE). Investitionen würden zurückgestellt. "92 Prozent der Projektierer von Photovoltaik-Anlagen rechnen damit, dass ihre Projekte mit der angekündigten Abschöpfung unrentabel werden", sagt Peter, die sich auf eine Umfrage des **Solar**-Branchenverbandes BSW bezieht. Ob die geplante Abschöpfung tatsächlich zu den befürchteten Verwerfungen führt, ist aber keineswegs sicher. Manche Akteure der Erneuerbaren-Branche halten die Pläne für angemessen und gut verkraftbar.

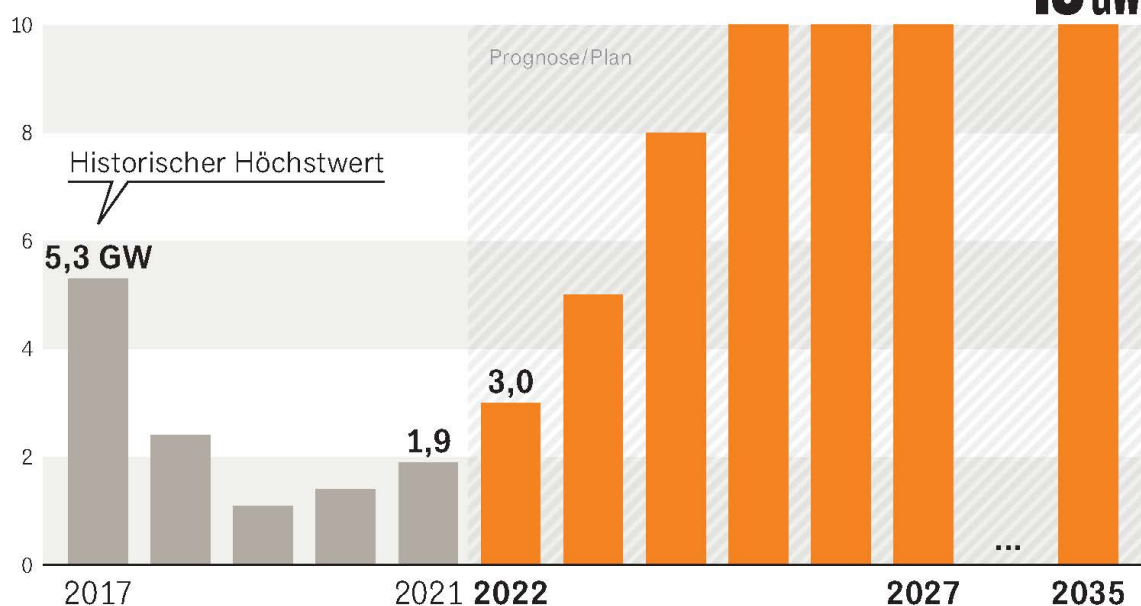
ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Die Politik weckt Erwartungen, die sich in den nächsten fünf bis zehn Jahren voraussichtlich nicht erfüllen lassen.

Dirk Briese Trendresearch

Ehrgeizige Ziele für den Ausbau der Windkraft an Land

Zubau je Kalenderjahr in Gigawatt (GW)



HANDELSBLATT

Ab 2022 Prognose • Quellen: BWE, BMWK

Handelsblatt Nr. 225 vom 21.11.2022
 © Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
 Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Windenergiebranche: Ausbau der Windkraft an Land Zubau je Kalenderjahr 2017 bis 2035 (MAR / UMW / Grafik)

Stratmann, Klaus
 Witsch, Kathrin

Quelle:	Handelsblatt print: Heft 225/2022 vom 21.11.2022, S. 6
Ressort:	Politik
Branche:	ENE-01 Alternative Energie
Dokumentnummer:	9451A377-367C-4736-8258-2F78128301C6

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_9451A377-367C-4736-8258-2F78128301C6%7CHBPM_9451A377-367C-4736-8258-2F78128301C6

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH